



MITTAGSPOST

Im Bundestag debattiert

November ist der Monat, in dem an den Sonntagen der Verstorbenen gedacht wird. Auch im Bundestag spielte das Thema Sterben eine wichtige Rolle. Wir haben ein Gesetz zur verbesserten Versorgung mit Hospiz- und Palliativangeboten verabschiedet. Bislang fehlen vor allem in strukturschwachen und ländlichen Regionen Einrichtungen dieser Art. Aus guten Grund hatte Mark Castens mit einer Petition immer wieder auf dieses Problem im Wahlkreis aufmerksam gemacht. Jetzt hat der Bundestag entschieden, den Ausbau von Hospizen gezielt zu fördern. Die Tagessätze werden erhöht, die Einrichtung von mobilen Expertenteams gefördert.

Schwierig verlief die namentliche Abstimmung über vier fraktionsübergreifenden Anträge zur Sterbehilfe. Der Entwurf, der im Vorfeld die größte Zustimmung erhalten hatte, stammte u.a. von Kerstin Griese (SPD). Sie will eine auf Wiederholung und damit geschäftsmäßig angelegte Sterbehilfe unter Strafe stellen. Der Entwurf von Karl Lauterbach (SPD) und ändern will dagegen diese Form der Sterbehilfe ausdrücklich erlauben. Ein Entwurf von Carola Reimann (SPD) und anderen sieht vor, Ärzten und Patienten durch eine zivilrechtliche Regelung des ärztlich assistierten Suizids mehr Rechtssicherheit zu geben. Die Abstimmung erfolgte zunächst im Stimmzettelverfahren, wodurch die Anträge herausfielen, die die wenigsten Stimmen hatten. In einer 2. Abstimmung mit Stimmkarten wurde über den Antrag von Kerstin Griese abgestimmt. Er erhielt 360 Jastimmen, und 233 Neinstimmen und ist damit angenommen. Geschäftsmäßige Sterbehilfe ist künftig strafbar.

Die Küste im Blick

Die „Küstengang“- die SPD-Abgeordneten aus Anrainerländern an Nord- und Ostsee- hat gemeinsam mit Vertretern von Werften und Gewerkschaft auch aus der Wesermarsch eine positive Nachricht auf die Maritime Konferenz in Bremerhaven gezogen. Sie hatte das Ziel, zukunftsfähige Geschäftsfelder für die maritime Wirtschaft zu erschließen. Dabei spielen die Offshore-Energie aber auch Ausbildung und das Ausflagen

eine wichtige Rolle. Die maritime Wirtschaft bietet nach wie vor viele Arbeitsplätze. Beispielsweise fast 1000 See-



und Hafenlotsen, die mit dem Schwerpunkt Nautik u.a. auch in Elsfleth ausgebildet werden. Sie organisieren sich in Bruderschaften. Die Lotsenbruderschaft Weser ist für die Häfen in Brake, Nordenham und Bremen im Einsatz.

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit 1979 hat es zwischen Saudi-Arabien und dem Iran keine Kontakte offizieller Art gegeben. Außenminister Frank-Walter Steinmeier ist mit seiner Krisendiplomatie bemüht, die tiefen Gräben zwischen Riad und Teheran zu überbrücken. Das wäre ein wichtiger Schritt, um dem Ende des Krieges in Syrien näher zu kommen.

Eure Susanne Mittag

Aktuelles aus der Landwirtschaft

Schafe spielen eine zentrale Rolle für Küstenschutz und Landschaftspflege. Das war eine der Botschaften beim gemeinsamen parlamentarischen



Abend des Deutschen Bauernverbandes, der Wirtschaftsvereinigung Deutsches Lammfleisch und der Vereinigung der Landesschafzuchtverbände. Problematisch sei für die Schafzüchter das vermehrte Aufkommen des Wolfs, deshalb sei der Herdenschutz oberstes Ziel. Die Schafzüchter formulierten Verständnis für den Wunsch nach Artenvielfalt und damit den Schutz des Wolfes, allerdings dürfen die Folgen für die Schafzüchter nicht vergessen werden. In Hinblick auf die Kauf- und Essgewohnheiten wünschen sie sich mehr deutsches anstelle des argentinischen Lammfleisches auf den Tisch.

Artgerechte Tierhaltung, gesunde Ernährung und eine große Angebotsvielfalt in der Wertschöpfungskette der Geflügelwirtschaft wurden beim Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft diskutiert. Mit einer Geflügelcharta 2015 bekennt sich die Branche zu einer Selbstverpflichtung. Ihr Ziel ist es, das beste Geflügelland der Welt zu werden. Menschen sollen nicht wegen kritikwürdiger Tierhaltung und falschem Futter auf Fleisch verzichten, sondern gutes Fleisch ohne unerwünschte Antibiotikabehalten erhalten. Sie werben um Unterstützung für eine Kennzeichnungspflicht bis an den Tellerrand, die vielfältig befürwortet wird.



In namentlicher Abstimmung hat der Bundestag der Änderung von agrarmarktrechtlichen Bestimmungen zugestimmt. Damit werden Vorschriften aus Gesetzen für Wein und Milch und Margarine an, die seit dem 1. Januar 2014 geltende gemeinsame Marktorganisation angepasst.

Neue Konzepte

●Die Folgen der VW-Abgas-Affäre für das Land hatte am Montag die Landesgruppe Niedersachsen/Bremen mit Vertretern von VW erörtert. Am Mittwoch war das Thema auch Gegenstand der aktuellen Stunde im Bundestag. Dabei waren sich die Vertreter aller Fraktionen darin einig, dass VW in der Verantwortung stehe, den Schaden zu beheben. Arno Klare (SPD) formulierte dazu ein Fünf-Punkte Programm. Das sieht u.a. aussagekräftigere Testverfahren, Messungen im Straßenbetrieb und eine transparente Software vor. Die Bundesregierung arbeitet an einem Gesetz, das dafür sorgen soll, nicht die Kunden durch fällige KFZ-Steuer-Nachzahlungen belastet werden, sondern der VW-Konzern selbst.

●Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales rechnet im kommenden Jahr mit Mehrkosten von etwa 2,5 Milliarden Euro zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms. Für die Bundesagentur für Arbeit werden 2.800 neue Stellen bewilligt. Weitere Informationen zum Thema Flüchtlinge in der Mittagspost Spezial 04/2015

●Fördermittel in Höhe von 120 Mio. Euro stehen im „Modellvorhaben nachhaltiges Wohnen“ für Variowohnungen zur Verfügung, die vor allem für Studierende und Auszubildende gedacht sind. Die Fördermaßnahme richtet sich an Bauherren, die Variowohnungen bauen. Diese sollen praktisch und flexibel nutzbar sein. Die Warmmiete soll nicht höher als 260 Euro im Monat ausfallen. Außerdem sollen die Wohnungen niedrige Betriebskosten haben, innovative Wohnkonzepte umsetzen und barrierefreie Zugänge aufweisen. Das Programm startete am 5. November. Anträge können bis Juni 2016 im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung eingereicht werden.

●Vor der NSA-Untersuchungsausschuss wurde am Donnerstag der Sondergutachter der Bundesregierung für die NSA-Selektoren, Kurt Graulich, vernommen. Er hat ein ausführliches Gutachten vorgelegt, das die Arbeit des Ausschusses unterstützend voranbringt.

Termine, eine Auswahl :

06.11. Nacht der Jugend in Delmenhorst

07.11. Bezirksvorstandssitzung in Oldenburg

08.11. Sitzung der Antragskommission in Berlin

und am 9. 11. beginnt die nächste Sitzungswoche des Bundestages

Die nächste Ausgabe der Mittagspost erscheint am Freitag, den 13. 11. 2015